

Ein brennendes Haus in Mölln

Dietrich Lohse

Bahide Arslan. Yeliz Arslan. Ayse Yilmaz. – Unvergessene Opfer faschistischer Gewalt in einem Land, in das sie mit ihren Familien wie so viele andere zum Arbeiten gelockt worden waren und in dem sie sich ein sicheres Leben aufbauen wollten.

1992 in Mölln getötet von deutschen Neonazis, die sich zu ihren rassistisch motivierten Taten ermutigt fühlten durch Bundes- und Landesregierungen, deren führende Politiker*innen eine nach Ansicht der Unternehmerverbände inzwischen angeblich zu hohe Zahl von Migrant*innen zur Begründung ihrer unsozialen Politik heranzogen. Genannt seien hier nur die Namen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl sowie der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker Björn Engholm und Oscar Lafontaine, ohne deren Mitwirken vor allem die Beschneidung des Asylrechts in dieser Zeit nicht möglich gewesen wäre.

Wie deutsche Behörden mit den Angehörigen der Opfer umgegangen sind, konnten auch Bewohner*innen unserer Stadt vor einigen Wochen beim Besuch des Films „Die Möllner Briefe“ nachvollziehen, der u.a. im KoKi der Kieler „Pumpe“ in Anwesenheit unseres Freundes und Überlebenden des Anschlags, Ibrahim Arslan, gezeigt wurde.

Und wenn uns ganz aktuell auch in Schleswig-Holstein die Ausweitung der Befug-

Zum Gedenken am Kieler Bahide Arslan Platz an ein faschistisches Verbrechen

nisse des Inlandsgeheimdienstes, der offiziell als „Verfassungsschutz“ daherkommt, als Maßnahme zur Verhinderung von terroristischen Aktionen verkauft wird, sei daran erinnert, dass dieser Dienst in all den Jahren nach den Anschlägen von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen bis hin zum NSU, den Morden von Hanau und weiteren Attentaten nichts zur Aufklärung, sondern nur zur Behinderung dieser Aufklärung beigetragen hat.

33 Jahre nach den Möllner Brandanschlägen werden wieder weitere Einschränkungen des Asylrechts gefordert und wird die künftige Abwehr von Geflüchteten auf dem Weg in europäische Staaten mit mörderischen, staatlichem Terror gleichenden Methoden perfektioniert.

Aktuell wird von der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz die massenhafte Abschiebung von Migrant*innen gefordert. Politiker*innen leugnen ihre eigene Verantwortung für die „im Stadtbild“ überall sichtbare Verarmung der Bevölkerung – jedes achte Kind in diesem Land ist von Armut betroffen, Zehntausende Menschen müssen dauerhaft ohne Obdach leben. Die Politiker*innen leugnen ihre Schuld an Erwerbs- und Wohnungslosigkeit und schieben sie medienwirksam ab auf zugewanderte Menschen, die vermeintlich aus dem Land entfernt werden müssten, um die Probleme zu lösen.

Hier wirkt derselbe Rassismus wie vor 33 Jahren

Und wie vor 33 Jahren ist zu befürchten, dass die menschenfeindliche Hetze der Bundesregierung von faschistischen Aktionsgruppen erneut als Signal verstanden wird, die Angriffe gegen Migrant*innen, gegen unsere Kolleg*innen und Nachbar*innen, gegen Geflüchtete



und alle, die sich rassistischer Politik und Gewalt entgegenstellen, zu verstärken. Und selbstverständlich ist diese Hetze Wasser auf die Mühlen der AfD, die sich auf dem besten Wege sieht, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Parteijugend der AfD war und ist übrigens ganz unabhängig von ihrem aktuellen Namen bestens eingebunden in ein bundesweites Netzwerk militanter faschistischer Organisationen.

Die AfD hatte sich zum Ziel gesetzt, die aktuellen Regierungsparteien „zu jagen“, und diese haben ihr den Gefallen getan, sich jagen zu lassen. Indem sie Themen der AfD übernehmen, wollen sie ihr angeblich Stimmen abjagen und machen sie stattdessen damit immer stärker. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, wohin das führen wird, wenn wir dem nicht mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln Einhalt gebieten.

In diesem Land, in dem die Angriffe auf die Lebenslage und die schwer erkämpften politischen und sozialen Rechte besonders der arbeitenden Menschen einhergehen mit einer Militarisierung und Aufrüstung in einem in der BRD bisher ungekannten Maße, scheint Faschismus wieder eine politische Option zu werden.

All das müssen die noch in Deutschland lebenden Angehörigen und Freund*innen der in Mölln, Lübeck und an anderen Orten Verletzten und Ermordeten miterleben. Lassen wir sie zu keiner Zeit allein.



Mölln Gedenken 2025 in Kiel.

Wie sicher sich faschistische Banditen inzwischen wieder fühlen und wie dreist sie sich aufzutreten wagen, verdeutlicht die Aufforderung zur Ermordung unseres guten Freundes und Kollegen am Runden Tisch, des Pastors Tilman Lautzas, die lange auf der facebook-Seite von Pinto de Kraus, dem OB-Kandidaten der AfD, zu finden war. Ich freue mich sehr, dass Tilman heute hier ist und zu uns sprechen wird.

Wir halten fest an den Grundsätzen, die wir in der „Kieler Erklärung“ unseres Runden Tisches vor nunmehr 25 Jahren u.a. so formuliert haben:

„Offener und organisierter Neofaschismus ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Rassistische Erklärungsmodelle und Orientierungen entstehen in der Mitte der Gesellschaft. (...) Sie werden gefördert durch gesellschaftliche Verhältnisse, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittmotor rechtfertigen und damit Entsolidarisierung und Ausgrenzungsbereitschaft notwendig hervorbringen.“

Wir stellen uns gegen eine Ausländer- und Asylpolitik, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält. Wir brauchen eine humane Flüchtlings- und Migrantinnenpolitik. Die

Beschneidungen des verfassungsmäßig verankerten Asylrechts müssen zurückgenommen werden. Das Asylrecht muss weiter gestärkt werden. Menschenrechte müssen ungeteilt sein.

Ein notwendiger Schritt dahin: Menschen ausländischer Herkunft, die längere Zeit in Deutschland leben, und allen, die hier geboren werden, muss die doppelte Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht zuerkannt werden!

Solidarisches Verhalten und Zivilcourage bis hin zum zivilen Ungehorsam tun Not.“

Gegen Rassismus und Antisemitismus

Das gilt erst recht im Gedenken an Aysel Yilmaz, Yeliz Arslan, Bahide Arslan und es gilt als Versprechen an ihre Angehörigen und Freund*innen.

Und es gilt nicht zuletzt den Angehörigen der jüdischen Gemeinden: einem Hass gegen alles jüdische entspringenden Angriffen gegen jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen werden wir immer mit aller Kraft entgegentreten. Dieses Wort steht, unabhängig von möglicherweise unterschiedlicher Beurteilung der vielen Kriege und Konflikte in der Welt.

Wichtig ist uns dabei, die nicht nur aber doch besonders von der AfD verbreitete Erzählung zurückzuweisen, es han-

dele sich bei diesem Problem um eine Importware, um „importierten Antisemitismus“. Es waren immer weit überwiegend deutsche Rassist*innen, die jüdische Friedhöfe geschändet und jüdische Menschen bedroht haben, es waren deutsche Faschisten, die vor fünf Jahren den Anschlag auf die Synagoge in Halle verübt haben, und es sind deutsche Nazis – auch die in der AfD – , von denen heute Hass und Gewalt gegen alle Menschen ausgeht, die zur Arbeit oder als Flüchtlinge vor Not, Verfolgung und Krieg den Weg in unser Land gefunden haben.

Der Aufruf unseres Runden Tisches zu unserer heutigen Kundgebung endet mit einem Satz, mit dem ich auch diese Ansprache schließen möchte:

„Lasst uns diese Kundgebung, dieses Gedenken und unsere Trauer zu einem Signal des Aufbruchs, des entschlossenen Kampfes für eine Gesellschaft machen, in der Rassismus und Faschismus keinen Platz mehr finden.“

Alle zusammen gegen den Faschismus!

Dietrich Lohse ist Gewerkschaftler und engagiert sich im Kieler Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel. https://www.facebook.com/rundertischkiel/?locale=de_DE